

Vaihinger Manifest - Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl 2017

Zusammenfassungen der Stellungnahmen der Parteien zu den Wahlprüfsteinen

Vorab: Der Rücklauf zu unseren Wahlprüfsteinen war gut. Keine Reaktion kam von der AFD. Einige Parteien füllten unseren Fragebogen aus, indem sie bei den vier Punkten jeweils eine der drei angebotenen Antworten ankreuzten, andere haben sich Zeit genommen und zu den einzelnen Wahlprüfsteinen ausführliche Kommentare und Anmerkungen geschickt. Die Zusammenfassungen sollen den Überblick und die Diskussion der vier Punkte erleichtern.

Zu 1. Parteienfinanzierung:

Unter den Parteien besteht weit gehender Konsens, dass Spenden von juristischen Personen (d.h. z.B. Konzernen) undemokratisch sind (außer der als wirtschaftsnah geltenden FDP und der CDU). Begrenzte (z.T. auf hohem Niveau) und transparente Spenden von Privatmenschen sind ebenfalls Konsens. Bezüglich der staatlichen Unterstützung gehen die Meinungen auseinander. Stärken sie einfach die großen Parteien und damit die Tendenz zu einem tendenziell oppositionslosen Parlament? Dienen sie als Zwangsmittel gegen unliebsame, aber (in Grenzen) erfolgreiche Parteien (so Partei der Vernunft)? Oder sind sie gerade für kleine Parteien notwendig, damit diese ihrer (grundgesetzlichen) Aufgabe gerecht werden können? Dann kann die Forderung lauten: Jede Partei soll - unabhängig von ihrer Größe - die gleichen finanziellen Mittel erhalten (INI 146).

Stoff für Diskussion bietet vielleicht der Vorschlag, Folgendes zu fordern: Kleine Parteien erhalten unabhängig von ihrer Größe staatliche Zuwendungen, die proportional zu ihrem Erfolg geringer werden (z.B.: Sie entfallen ganz ab Erreichen des Fraktionsstatus).

5%- Hürde

Für die Beibehaltung (CDU, SPD, FDP, Freie Wähler, Grüne) werden allgemeine Argumente angeführt: Gefahr der Zersplitterung der Parteienlandschaft, der Erschwerung der Regierungsbildung und dass ein "allgemeiner Wählerwille" für Repräsentation im Parlament nötig sei. Kritiker sehen darin ein Machtkartell der großen Parteien und betonen, dass der ausdrückliche politische Wille von mehr als 15% der abgegebenen Stimmen dadurch vernachlässigt werde. Es komme so zu einer Verfälschung des Ausdrucks des politischen Willens vieler Wählerinnen dadurch, dass sie sich genötigt sähen, ihre Stimme einer chancenreichen Partei, also einem kleineren Übel, zu geben.

Weniger weit gehende Vorschläge sehen die Höhe einer sinnvollen Sperrklausel bei 0,5 - 3%. Als Ergänzung wird auch die Einführung der Ersatzstimme vorgeschlagen (d.h.: Wenn die gewählte Partei unter die Sperrklausel fällt, gilt die Stimme für eine 2., chancenreichere Partei). So die DiB.

Diskussionsstoff bietet die Frage, ob eine größere Anzahl kleiner Parteien in Parlamenten die Demokratie stärken oder schwächen würde. Das hängt wohl auch damit zusammen, wie man (z.T.) wechselnde Mehrheiten bei Parlamentsbeschlüssen bewertet.

3. Berufspolitiker

Der Punkt ist der umstrittenste. Etwa ein Drittel der antwortenden Parteien lehnen die Vorschläge ganz ab. Die Begründungen sind bei den beiden einzelnen Vorschlägen vielfältig.

a. Begrenzung der Mandatsdauer:

Befürworter sind Die Violetten, DiB, Bündnis C. Einwände dagegen: Parlamentarier sind Angestellte des Souveräns; man kündigt keinem guten Angestellten (PDV), sie sollen kompetente Kontrolleure der Exekutive sein und brauchen daher Erfahrung (Grüne, TPD). Wenn Parlamentarier wirklich im Sinne der Gewaltenteilung Gegenpart der Exekutive sein sollen (mit dem Recht, Entscheidungen der Regierung aufzuheben), muss ihre Position gestärkt werden (INI 146). Bemerkenswert argumentiert die FDP: Eine Rückkehr in den alten Job nach 1-2 Legislaturperioden "würde grundsätzlich zu einer Vermischung von wirtschaftlichen und politischen Interessen führen", da gerade dies dazu führen würde, dass Abgeordnete "unter der Aussicht auf eine bessere Position und zum Wohlwollen [ihres] Unternehmens" handelten.

Stoff für Diskussion: Ist die Begrenzung der Mandatsdauer das optimale Mittel, die Nachtseiten des Berufspolitikertums anzugehen? Aus dem Gedanken, die Kontrollfunktion des Parlaments gegenüber der Regierung zu betonen (INI 146), könnte die Forderung folgen, eine Unvereinbarkeit von Abgeordnetenmandat und Regierungsamt festzulegen. Vielleicht sollte man auch über verbindliche gesetzliche Regelungen innerparteilicher Demokratie diskutieren.

b. Entzug des Mandats während einer Legislaturperiode:

Befürworter: Die Violetten, MUT (teilweise), DiB, PDV.

Einwände: Die grundgesetzliche Doppelstellung der Abgeordneten als Vertreter des ganzen Volkes und einer Partei verbiete jede Form von imperativem Mandat. Denkbar sei er nur bei Abgeordneten, die über eine Parteiliste ins Parlament gekommen sind, oder könne nur Recht des entsendenden Wahlkreises sein. Das freie Mandat sei ein hohes Gut (ÖDP, Freie Wähler); die Verwirklichung dieses Vorschlags würde "unser politisches System in eine Räterepublik umwandeln" (Freie Wähler). Durch die geheime Abstimmung im Parlament (die aber nicht immer gilt!), sei die Unabhängigkeit der Abgeordneten gegen den Fraktionszwang abgesichert (Transhumane Partei). Es wird der Zusammenhang dieser Fragen mit dem Thema direkte Demokratie betont: Sie könnte (bei entspr. Gestaltung) Parlamentsentscheidungen, die nicht dem Wählerwillen entsprechen, korrigieren. Ein weiterer Einwand: Die Problematik könne besser durch detaillierte Regelungen zu Transparenz, Nebentätigkeiten, Lobbyarbeit in einem Ethikkodex geregelt werden, der u.a. die Abgeordneten auf den Willen der Parteibasis verpflichtet (DiB).

Stoff für Diskussion bei Teil (b): Erfordert eine Bestimmung, die dem imperativen Mandat der Parteibasis zumindest nahe kommt, eine GG-Änderung? Und: Wäre das ggf. ein Grund, auf eine solche Forderung zu verzichten?

4. Direkte Demokratie

Hier ist die Übereinstimmung am größten. Nur die CDU hat sich nicht positiv geäußert. Die FDP findet eine Erweiterung des repräsentativen demokratischen Systems durch direktdemokratische Elemente "längst überfällig." "Alle vier Jahre wählen reicht nicht" sagen die Grünen. Befürwortet wird explizit das Modell von Volksinitiative, -begehren, -entscheid (Grüne), ergänzt wird die Forderungen nach Volksabstimmungen durch den Vorschlag, über bloße Mehrheitsentscheidungen hinauszukommen (durch "systemisches Konsensieren" - so DiB).

Stoff für Diskussion: Was kann man politisch aus dieser großen Übereinstimmung machen?

Näheres zum Vaihinger Manifest: www.vaihinger-manifest.de

Kontakt: www.mitmachen-ohne-mitzuspielen.de